

Abänderungsantrag

der Abgeordneten **Ing. Huber, Waldhäusl, Königsberger, Landbauer, Gabmann**
und **Dr. Machacek**

zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,
Ltg. 1595/V-5-2017

betreffend: **Weniger Geld für die Landwirtschaftskammern – Mehr Geld für
unsere Bauern**

Der „Grüne Bericht“ für das Jahr 2015 bestätigte erneut das rasante Bauernsterben. Allein in Niederösterreich verringerte sich die Anzahl der bäuerlichen Betriebe seit 1995 um über 25.000. Eine Entwicklung, die deutlich macht, dass weder die Politik, noch die politische Interessensvertretung ihre Arbeit gut gemacht haben. Dennoch belohnt die niederösterreichische Landespolitik von Schwarz und Rot diese Beihilfe zum Bauernsterben jährlich mit immensen Budgetbeträgen. So wurde z.B. für das Jahr 2016 der NÖ Landwirtschaftskammer ein Betrag von über 21 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Auch der NÖ Rechnungshof bekräftigt in seiner Stellungnahme zum Rechnungsabschluss 2016 dies. Immer wieder fehlt es an der notwendigen Budgetdisziplin, so werden für die LLWK unter Ansatz 74000 17 Mio. Euro veranschlagt und im Rechnungsabschluss kommt es „traditionell“ zu einer Überschreitung von 4 Mio. Euro.

Dieser politische Wahnsinn ist sofort zu stoppen und der Beitrag künftig auf die Hälfte zu reduzieren, um die frei werdenden Mittel den niederösterreichischen Bauern direkt zur Verfügung zu stellen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung, den Beitrag für die Landes-Landwirtschaftskammer Ansatz 74000 zu halbieren und die frei werdenden Mittel für Notstandsmaßnahmen Ansatz 748 zu verwenden.“